

GRUNDSATZPAPIER DER BSV BONN RHEIN-SIEG



Präambel

Die Bezirksschüler*innenvertretung Bonn Rhein-Sieg (BSV) versteht sich als die Stimme aller Schüler*innen im Rhein-Sieg-Kreis und in der Bundesstadt Bonn. Unser Ziel ist es, die Schule demokratischer, gerechter und menschlicher zu gestalten. Schule soll ein Ort sein, an dem alle jungen Menschen unabhängig von Herkunft, finanziellen Mitteln oder persönlicher Situation ihre Talente entfalten und ihre Persönlichkeit entwickeln können.

1. SCHÜLER*INNENVERTRETUNGEN

1.1 Existenz und Rechte von SV

Obwohl das Schulgesetz gemäß §74 des Landes Nordrhein-Westfalens eine SV vorsieht, werden ihre Rechte vielerorts eingeschränkt. Wir fordern, dass SV-Arbeit an allen Schulen garantiert und aktiv gefördert wird. Die Verantwortung für die Existenz einer SV muss bei der Schulleitung liegen.

1.2 Einfluss und Mitbestimmung

Eine SV darf nicht auf Kuchenverkauf reduziert werden. Wir fordern, dass Mitbestimmung, besonders in Schulkonferenzen, anhand der Erlasse das jeweilige Wir fordern echte Mitbestimmung in Schulkonferenzen und Entscheidungsprozessen.

1.3 Basisdemokratie

SV-Arbeit ist gelebte Demokratie. Wir sehen es als Pflicht aller Schulen durch eine Schüler*innenvertretungen, Demokratie erfahrbar machen und so zu einer solidarischen Gesellschaft beitragen.

1.4 Unterstützung aller Schulformen

Wir fordern, dass alle Schulformen – besonders Gesamtschulen, Realschulen und Berufsschulen – ihre SVs bestmöglich unterstützen und stärken.

2. BEZIRKSSCHÜLER*INNENVERTRETUNG

2.1 Legitimation und Repräsentation

Die BSV Bonn Rhein-Sieg versteht sich als legitime Interessenvertretung aller Schüler*innen aus Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass noch nicht alle Schulen und Schulformen vertreten sind. Wir streben kontinuierlich eine bessere Einbindung an.

2.2 Lobby für alle

Wir vertreten die Interessen aller Schüler*innen aus unsrem Kreis, unabhängig von Schulform, Herkunft oder Wohnort.

2.3 Klare Distanzierung von Diskriminierung

Wir lehnen jede Form von Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und anderen Diskriminierungen ab. Zusammenarbeit mit diskriminierenden Organisationen schließen wir kategorisch aus.

2.4 Politische Unabhängigkeit

Die BSV ist überparteilich. Delegierte und Vorstand sind allein dem Willen der Schüler*innen verpflichtet und müssen weitgehend Neutralität wahren. Jedoch, SVen sind eine wichtige gesellschaftliche Interessenvertretung Jugendlicher und besonders Schüler*innen und sollte daher zu wichtigen gesellschaftsrelevanten Debatten im Namen der Schüler*innenschaft Stellung beziehen.

3. SCHULPOLITIK

3.1 Schule als Gemeinschaft

Wir rufen mit Nachdruck in Erinnerung, dass Schule nicht nur ein Ort des Lernens ist, sondern ein wesentlicher Bestandteil des Lebens aller Jugendlichen. Wir verlangen, dass sie konsequent als Gemeinschaft gedacht und gestaltet wird. Nur durch verbindliche Zusammenarbeit von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern kann Schule zu einem Ort werden, an dem Demokratie, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander nicht nur gefordert, sondern aktiv gelebt werden.

3.2 Notendruck

Das bestehende Notensystem erzeugt bei vielen Schüler*innen enormen Druck, Stress und Angst. Mit Bestürzung über die aktuelle Situation verlangen wir eine umfassende Anpassung des Bewertungssystems, die den Fokus klarer auf Lernprozesse, individuelle Entwicklung und vielfältige Leistungsnachweise legt.

Konkret schlagen wir vor:

- den Ausbau von Portfolios, Projektarbeiten und Präsentationen als gleichwertige Leistungsnachweise,
- die Möglichkeit, Prüfungen in Teilen nachzuschreiben oder alternative Formen zu wählen,
- eine stärkere Gewichtung kontinuierlicher Lernfortschritte gegenüber punktuellen Prüfungen.

Ziel ist eine faire, zeitgemäße und motivierende Leistungsbewertung, die Schüler*innen in ihrer Entwicklung unterstützt, anstatt sie zu blockieren.

3.3 Mentale Gesundheit

Mentale Gesundheit ist eine unverzichtbare Grundlage für Bildung und persönliche Entwicklung. Wir bestehen darauf, dass Schulen diese Verantwortung nicht länger übersehen. Deshalb legen wir unbedingt nahe:

- verpflichtende und jährlich wiederkehrende Projekttag zur mentalen Gesundheit,
- die Integration von Stressbewältigung, Resilienzförderung und Achtsamkeit als festen Bestandteil des Unterrichts,
- den flächendeckenden Ausbau von Schulpsycholog*innen und Sozialarbeiter*innen,
- niedrigschwellige, direkt an den Schulen verfügbare Beratungsangebote,
- verbindliche und regelmäßig evaluierte Präventionskonzepte gegen Mobbing,
- Entlastung der Lehrkräfte durch kleinere Klassen, Assistenzsysteme und klare Arbeitszeitregelungen.

3.4 Digitalisierung

Eine moderne Schule braucht eine verlässliche digitale Ausstattung. Wir Verlangen mit allem Nachdruck:

- IT-Fachkräfte an allen Schulen,

- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte im pädagogisch sinnvollen Umgang mit digitalen Medien,
- die systematische Förderung von Medienkompetenz bei Schüler*innen,
- flächendeckend leistungsfähige Internetzugänge für alle Schüler*innen in allen Schulgebäuden,
- digitale Endgeräte für alle Schüler*innen – unabhängig vom Einkommen,
- klare und transparente Richtlinien für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Sie darf ausschließlich unterstützend wirken, nicht zur Kontrolle oder Bewertung.

Zusätzlich fordern wir verbindliche Konzepte für den reflektierten Umgang mit KI – insbesondere im Hinblick auf Facharbeiten, Prüfungen und schulische Projekte.

3.5 Finanzierung

Wir verurteilen mit Schärfe, dass der Bildungssektor zu lang als Budgetspielraum für Einsparungen missbraucht worden ist. Wir fordern mit Nachdruck eine ausreichende, nachhaltige und zukunftsorientierte Finanzierung, damit bestehende Konzepte tatsächlich umgesetzt werden können und Forderungen der Schüler*innenschaft nicht länger ins Leere laufen.

Konkret schlagen wir vor:

- die Einrichtung spezieller Förderfonds, auf die Schulen und Schülervvertretungen unkompliziert und ohne übermäßige Bürokratie zugreifen können,
- die Finanzierung bereits erfolgreicher Pilotprojekte auf Landes- und Bundesebene,
- transparente Verfahren, bei denen Mittel regelmäßig überprüft, veröffentlicht und den Schulen ohne Verzögerung zur Verfügung gestellt werden.

Wir rufen mit Nachdruck in Erinnerung, dass Schule mehr als ein Ort des Lernens ist, sondern ein grundsätzlicher Bestandteil eines jeden Lebens eines Jugendlichen. Wir fordern, dass sie von allen Beteiligten gemeinschaftlich gedacht wird. Nur in Zusammenarbeit von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern kann Schule ein Ort werden, an dem Demokratie, Teilhabe und ein respektvolles Miteinander gelebt werden.

4. SOZIALES ENGAGEMENT

Schule soll gesellschaftliches Engagement fördern.

Wir fordern:

- die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit durch Zertifikate und Berücksichtigung bei Versetzungen,
- zeitliche Freiräume und finanzielle Unterstützung für Projekte,
- eine Kultur der Wertschätzung durch Auszeichnungen und Förderung durch Lehrkräfte.

5. CHANCENGLEICHHEIT

5.1 Kostenfreies Mittagessen

Gesunde Ernährung darf kein Luxus sein. Wir fordern kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

5.2 Bezahlbare Mobilität

Schüler*innen zahlen aktuell denselben Preis für das Deutschlandticket wie Erwachsene. Wir fordern ein stark vergünstigtes Schülerticket.

5.3 Bildungsgerechtigkeit

Wir fordern eine konsequente Entlastung von Familien bei Bildungskosten und eine klare Priorität sozialer Gerechtigkeit im gesamten Schulsystem.

5.4 Barrierefreiheit

Wir fordern die vollständige Barrierefreiheit einer jeden Bildungsstätte. Das schließt sowohl physische als auch sonstige Barrieren wie schwer verständliche Beschilderung ein.

5.5 Menstruationsprodukte

Als Organ, das für Chancengleichheit plädiert, sollen wir sicherstellen, dass sich in einer Schulgemeinschaft jede*r sicher fühlt. Um dies stets zu gewährleisten, fordern wir kostenlose Menstruationsprodukte auf den Schultoiletten, die ohne etwaige Rücksprache mit Lehrkräften entnommen werden können und somit eine gewisse Privatsphäre gewährleistet ist.

6. BUNDESWEHR AN SCHULE

Schulen sind Orte der Bildung, nicht der Rekrutierung. Trotzdem ist es angesichts der weltpolitischen Lage notwendig, ein demokratisches Leitbild weiter zu verfolgen – in Friedens-, sowie Kriegszeiten. Denn zu einer starken und gesicherten Demokratie gehört auch eine vorbereitete und ausgebildete Zivilbevölkerung.

Wir begrüßen,

- Angebot, Werbung und Information für alle zivilen Programme wie FSJ, Bundesfreiwilligendienst, Katastrophenschutz, DRK, THW oder anderen zivil engagierten Organisationen,
- Eine verpflichtende Ausgewogenheit bei schulischen Informationsveranstaltungen, sodass militärische und zivile Möglichkeiten gleichermaßen dargestellt werden,
- Die Förderung von Katastrophenschutz- und Zivilschutz Übungen in Kooperation mit Hilfsorganisationen an Schulen zur Katastrophenpräventions- und Katastrophenreaktionskompetent,
- Die Stärkung von Schulsanitätsdiensten und Erste-Hilfe-Ausbildung als Beitrag zur gesellschaftlichen Resilienz.

7. ABSCHIEBUNGEN

Schule muss ein sicherer Ort sein, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die Abschiebung von Schülerinnen zerstört Bildungsbiografien, entreißt junge Menschen ihrem sozialen Umfeld und erzeugt Angst und Unsicherheit bei Mitschülerinnen.

Wir fordern daher:

- dass alle Schüler*innen während ihrer Schullaufbahn vor Abschiebungen geschützt sind,
- dass auch ihre Familienangehörigen für diesen Zeitraum von Abschiebungen ausgenommen werden, um das Kindeswohl zu sichern und Trennungen zu verhindern
- dass das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe Vorrang vor ausländerrechtlichen Maßnahmen hat,
- dass Politik und Verwaltung Verantwortung übernehmen, um Schulen als angstfreie Räume zu sichern.

8. HANDYNUZUNG

Wir fordern ein Verbot privater Handynutzung während der Schulzeit und auf dem Schulgelände. Digitale Arbeit soll über schulische Endgeräte erfolgen. In Notfällen darf die Handynutzung nach Rücksprache mit Verantwortlichen erlaubt sein.

9. NACHHALTIGKEIT UND UMWELT

Die Klimakrise erfordert auch in Schulen konsequentes Handeln. Wir fordern:

- smarte Heizungssteuerungen und Solarpanels auf Schuldächern,
- verpflichtende Mülltrennung in allen Klassenzimmern,
- Pfandsysteme in Mensen und mehr vegetarische/vegane sowie regionale Angebote.

10. VIELFALT IN DES LEHRPLANS

Der Lehrplan spiegelt bisher nur einen kleinen Teil der Literatur- und Kunstwelt wider. Wir fordern eine vielfältigere Auswahl, die neben Klassikern auch Autor*innen und Künstler*innen, internationale Stimmen und diverse Perspektiven berücksichtigt. So wird Empathie gefördert und Lese- und Lernmotivation gestärkt.

11. SCHULSANITÄTSDIENSTE

Erste Hilfe ist unverzichtbar. Wir fordern die flächendeckende Förderung von Schulsanitätsdiensten durch:

- ausreichende Ausstattung mit medizinischem Material,
- Finanzierung von Aus- und Fortbildungen,
- institutionelle Verankerung im Schulalltag,
- Anerkennung des Engagements in Zeugnissen oder Zertifikaten.
- Den Schulsanitätsdiensten soll die Möglichkeit für zwei Doppelstunden im Schuljahr pro Klasse gewährt werden, um Laienreanimation und Erste Hilfe zu lehren,
- Schulsanitäter sollen medizinische Maßnahmen entsprechend ihrer zertifizierten Ausbildung durchführen dürfen.

Dieses Grundsatzpapier wurde erstmals auf der 13. BDK am 17.09.2025 beschlossen und am 14. BDK am 16.01.2026 geändert.